

BR/GT I/72 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 30. Oktober 1970
BR/GT I/72/70

- Sekretariat -

UNTERGRUPPE "AUSFUEHRUNGSORDNUNG"

DER ARBEITSGRUPPE I

Vom Generalberichterstatter

unterbreitete

ARBEITSUNTERLAGE

BR/GT I/72 d/70 bm

Die mehrfache Rückbeziehung von Ansprüchen gemäss Artikel 66
Nr. 3 Abs. 4(a) der Vorschläge eines Entwurfs der
Ausführungsordnung

Als Generalberichterstatter habe ich auf der letzten Sitzung der Untergruppe die Aufgabe erhalten, Artikel 66 Nr. 3 Absatz 4(a) an Hand eines Beispiels zu erläutern. Diese Bestimmung soll auf der nächsten Sitzung der Untergruppe erneut erörtert werden.

Da sich die vorgeschlagene Bestimmung mit Regel 6.4 der PCT-Verfahrensregelung deckt, habe ich das Beispiel und meine Auslegung dieser Bestimmungen mit Vertretern von BIRPI erörtert und dabei völlige Uebereinstimmung festgestellt.

Sowohl den Vertretern von BIRPI wie auch mir erscheint der vorgeschlagene Text richtig und eindeutig. Gegenüber der gegenwärtigen Praxis mancher Patentämter, wie z.B. des britischen und des Deutschen Patentamts, wird die Einführung der vorgeschlagenen Bestimmungen die zur Zeit herrschende Freiheit der Anmelder, im Prinzip beliebige Rückbeziehungen der Ansprüche zu bilden, beschränken.

Meines Erachtens gewinnen durch die vorgesehene Beschränkung der Anspruchsformulierung die Ansprüche an Klarheit und Uebersicht. Dies ist besonders wünschenswert, da in aller Regel die europäische Patentanmeldung in ihrer ursprünglichen Form nach 18 Monaten veröffentlicht werden wird; gerade diese erste Veröffentlichung ist die wichtigste Veröffentlichung für die Allgemeinheit und sollte somit auch möglichst klar gehalten sein.

Es folgt nun ein Beispiel für erlaubte und verbotene Rückbeziehungen von Ansprüchen gemäss Artikel 66 Nr. 3 Abs. 4(a). Das Beispiel enthält nur einen selbständigen Anspruch mit seinen Unteransprüchen (Artikel 66 Nr. 3 Abs. 3) und keine weiteren selbständigen Ansprüche.

Beispiel für die mehrfache Rückbeziehung von Ansprüchen

1. Elektrische Haarschneidemaschine, dadurch gekennzeichnet, dass ...
2. Elektrische Haarschneidemaschine nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass ...

Bemerkung: Dieser Anspruch entspricht Artikel 66 Nr. 3 Abs. 4(a); ist also zulässig.

3. nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, dass ...

Bemerkung: Dieser Anspruch entspricht Artikel 66 Nr. 3 Abs. 4(a); ist also zulässig.

4. nach Anspruch 1 oder 2 $\begin{bmatrix} 1 \\ 2 \end{bmatrix}$, 2 oder 3 $\begin{bmatrix} 1 \\ 2 \end{bmatrix}$, dadurch gekennzeichnet, dass ...

Bemerkung: Diese Fassung ist zulässig, auch die in eckigen Klammern. Es handelt sich um den in Artikel 66 Nr. 3 Abs. 4(a), Satz 2, vorgesehenen Fall, der alternativen Rückbeziehung.

5. nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, dass ...

Bemerkung: Diese Fassung ist nicht zulässig. Hier erfolgt die Rückbeziehung nicht alternativ sondern kumulativ.

6. nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, dass ...

Bemerkung: Diese Fassung ist zulässig. Zwar wird durch die Bezugnahme auf Anspruch 4 auf einen Anspruch mit alternativer Rückbeziehung verwiesen; der Anspruch 6 selbst ist jedoch kein mehrfach abhängiger Anspruch im Sinne der vorgeschlagenen Bestimmung.

7. nach Anspruch 6, dadurch gekennzeichnet, dass ...

Bemerkung: Diese Fassung ist zulässig. Vgl. Bemerkung zu Anspruch 6.

8. nach Anspruch 1 oder 4, dadurch gekennzeichnet, dass ...

Bemerkung: Diese Fassung ist nicht zulässig. Artikel 66 Nr. 3 Abs. 4(a), letzter Satz, schliesst ausdrücklich die Rückbeziehung mehrfach abhängiger Ansprüche auf andere mehrfach abhängige Ansprüche aus.
